

# ContraSalon *wir bedauern die farbänderungen!*

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 3 – 1.2. 2012

*angela merkel hat eine große rede auf unseren freund und contra-salon-unterstützer elmar brok gehalten. Auf einer festlichen veranstaltung der adenauer-stiftung in berlin, die zugleich ‚10 jahre euro‘ feierte. da ich seit 1951 in der europäischen bewegung aktiv bin, weiß ich viel über den undank der veröffentlichten meinung in sachen europa. Contrasalón hält dagegen!*

---

## Paris-Berlin: Europa gemeinsam durch die Krise führen!

*Interview mit Joachim Bitterlich, Botschafter a.D. und Helmut Kohls langjähriger Chefberater*



Joachim Bitterlich

*Der heimatbewusste Saarländer Bitterlich, geboren 1948 in Dudweiler, ging nach einem erfolgreichen Diplomatenleben und den bekannten Jahren mit Helmut Kohl in den „einstweiligen Ruhestand“ und als „Internationaler“ in die Konzernspitze des Mischkonzerns VEOLIA nach Paris. Mit 34.8 Mrd. € Umsatz und 315.000 Beschäftigten ist das Unternehmen eines der weltgrößten. Bitterlichs „Händchen“ für Politik im großen Maßstab blieb erfreulich aktiv. Mit einer Französin verheiratet! Bitterlichs haben drei Kinder und vier Enkel.*

**ContraSalon:** Nach der breiten Programmrede des Sarkozy-Herausforderers **François Hollande** und Veröffentlichung seines 60-Punkte-Programms beginnt nun der Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich

endgültig, er ist schon heftig. Wie sehen Umfragen aus, die ja zunächst der ersten Wahlrunde am 2. April gelten? Man rechnet wieder mit zwei Wahlgängen, denn niemand wird mit mehr als 50% starten. Wer führt?

**Joachim Bitterlich:** **Hollande** und Präsident **Sarkozy** haben um 30 bzw. 25%, **Le Pen** kommt auf ca. 17%, der Zentrist in christdemokratisch-liberaler Tradition **François Bayrou** auf etwa 15%. In einem zweiten Wahlgang dürften von Bayrou 40% nach links und etwa 30% nach rechts gehen. Bei Le Pen ginge es umgekehrt. Fast alle Analytiker rechnen heute mit einem Sieg (ca. 54%) Hollandes im Zweiten Wahlgang am 6. Mai, aber es ist noch viel Zeit bis dahin. Auch in Frankreich ist das Lager der Unentschlossenen gewachsen. Die Summe aus Anhängern von Le Pen und Bayrou, ein sattes Drittel, demonstriert zunehmende Unzufriedenheit. Vor dem jüngsten Groß-Auftritt der Linken hatte Sarkozy von der langen Schwäche der Sozialisten nicht profitiert, und nun gewinnt ihr Lager wieder Boden. Kurzum, es kann spannend werden.

**ContraSalon:** Die meisten Deutschen fragen auch im Blick auf Frankreichs Wahlen: Wie wirkt in diesem Rennen die Euro-Debatte?

**Joachim Bitterlich:** Der Euro wird die Wahl nicht entscheidend beeinflussen, auch wenn die €-skeptischen oder €-negativen Kandidaten - extrem rechts und links - ein Viertel der Wählerschaft ausmachen. Es geht jetzt um Arbeitsplätze und Wirtschaftsperspektiven.

**ContraSalon:** Was für eine Kernkraft-Position könnte Paris einnehmen? Das Thema ist für Frankreichs Nachbarn sehr wichtig.

**Joachim Bitterlich:** Das politische Frankreich hat höchst verärgert und allergisch auf den Berliner „Ausstieg“ reagiert. Man erlebte ihn als Überraschungscoup ohne jede vorherige Information oder Konsultation mit dem engsten Partner. Das Gleiche hörte ich auch aus Warschau. Dennoch werden rechte wie linke Franzosen künftig stärker auf „erneuerbare“ Energien setzen (Hollande stärker als Sarkozy) und damit den Nuklear-sektor "etwas zurückfahren.“ Hollande will 2025 nur noch 50% Nuklearsektor.

**ContraSalon:** Ein notwendiger Blick zurück: Scheute nicht **Helmut Kohl** zu früh vor der Politischen Union (Europas) trug damit auch zur heutigen Krise bei?

**Joachim Bitterlich:** Helmut Kohl hat die "Politische Union" - ein Begriff, den er selbst in die politische Diskussion eingebracht hatte – nie fallen gelassen! Im Gegenteil! Für ihn war die europäische Integration nie eine rein wirtschaftliche Zielsetzung, vielmehr war es er, der die Phalanx derer führte, die die politische Verankerung und die Legitimität der Europäischen Union auf eine breitere Basis stellen wollten. Wir haben zu Kohls Zeit eine ganze Reihe beachtliche Fortschritte mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam erreicht, freilich nicht in der von uns erhofften Tragweite. Dies gilt insbesondere für die Aussen- und Sicherheitspolitik, wo wir zusammen mit den Franzosen Vorschläge erarbeiteten, die über das bis heute Erreichte hinausgingen. Heute wird der Begriff "Politische Union" aus dem Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise heraus und angesichts der notwendigen institutionellen Verbesserungen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion gebraucht. Es ist verständlich und in der Sache richtig, dass auf der einen Seite die Konzertierung der Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzpolitiken wesentlich vertieft und auf der anderen Seite über einen Europäischen Währungsfonds und einen EU-Finanzminister nachgedacht wird.

In den 90er Jahren waren dies noch totale Tabus in der europäischen Debatte. Selbst meine 2003/4 in die Diskussion eingeführte Anregung, einen "Delors II - Ausschuss" mit den Herren Delors, Tietmeyer und Ciampi zu bitten und geeignete Vorschläge für ein engeres Zusammenwirken in Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu prüfen, wurde damals in Bausch und Bogen abgelehnt!

**ContraSalon:** Wurde nicht eine Art ‚Souveränitätsneurose‘ bei den Politikern zum Kern der Krise, während immer mehr gebildete Bürger weltweit schon lange supranationales Denken und Handeln akzeptieren?

**Joachim Bitterlich:** Souveränität ist und bleibt in Frankreich ein Reizthema für die unmittelbar politisch Verantwortlichen. Ob links oder rechts, man ist gegen einen Verzicht auf Souveränität: Tatsächlich wäre ihr Begriffsinhalt allein noch vorstellbar als *gemeinsame Ausübung von Souveränität*, in der die Staats- und Regierungschefs in der EU/Euro-Zone das letzte Wort hätten. Dies gilt für alle sensiblen Bereiche (Haushalt, Sicherheit, Verteidigung, Aussenpolitik) und setzt einen besonderen Ansatz in der EU voraus – Angela Merkel hat dies, ohne es näher zu erläutern, "Unionsmethode" genannt.

**ContraSalon:** Wie könnte und sollte es weitergehen 1. mit Paris und Berlin, 2. den EU-Institutionen, 3. der akuten Finanzkrise?

**Joachim Bitterlich:** *Christophe Barbier*, Redaktionsdirektor des französischen Magazins *L'Express*, stand mit seinem Leitkommentar am 22. Juni für viele und stellte lapidar fest: "Es sind Frankreich und Deutschland, die ein neues Europa bauen müssen – weil Frankreich den Willen dazu hat und Deutschland die Fähigkeit - diesem Europa ein neues Regime aufzuerlegen." Dies ist auch der realistische Erwartungshorizont gegenüber den beiden europäischen Kernländern in einem Europa, das nur noch mühsam die notwendigen Reaktionen und Aktionen realisiert

**ContraSalon:** Wieso enden die Divergenzen zwischen Berlin und Paris noch immer nicht?

**Joachim Bitterlich:** Die Kernfrage bleibt, ob sich unsere Länder ihrer besonderen Verantwortung für Europa bewusst bleiben und auch endlich bereit werden, über kurzfristige Schritte hinaus europäische Interessen längerfristig abzusichern.

Die Gretchenfrage bleibt: Was müssen wir gemeinsam konkret tun, um bei fortschreitender Globalisierung unsere europäische Erfolgsgeschichte auf Dauer abzusichern? Sind Paris und Berlin bereit, über ihre nationalen Schatten zu springen und ihren Partnern Vorschläge für ein weitreichendes politisches Programm zu unterbreiten?

---

*Wenn Sie immer wieder wissen wollen, was unser Nachbar Frankreich denkt, können Sie sich an „Baromètre Viavoice-BPCE“ halten. Drei Zahlen als Vorspeisen: 79% der Franzosen halten das Steuerwesen ihres Landes für ungerecht. 43 und 35% sind empört über Benzin- bzw. Strompreise. Befragt: 1007 Leute im Alter ab 18.*

e-mail-adresse: [sondage@institut-viavoice.com](mailto:sondage@institut-viavoice.com)

---

## WERKSTATT EUROPA

**Ursula von der Leyen** möchte ihn bald. CDU-General **Hermann Gröhe** murmelt unrichtig, „so etwas“ habe die CDU nie gefordert. Professoren verlangen ihn, doch sie sind nicht Volksvertreter.

**Und** um was geht es? Um den/einen **Europäischen Bundesstaat**. Nicht nur Christdemokraten wollten ihn längst. Schon 1967 unterschrieben die Spitzenleute **Rainer Barzel** (CDU) und **Willy Brandt** (SPD) eine gemeinsame Forderung nach Vereinigten Staaten von Europa. Alle Demokraten unterschrieben, auch der DGB-Vorsitzende.

**Die Praxis** = Halten wir uns an nur zwei Beispiele von Bundesstaaten: USA und Schweiz. Wie erleben ein US-Bürger oder mein Vetter in Zürich ihre Bundesstaaten?

**Wer** in New York eine Stange Zigaretten kaufte und später im Nachbarstaat New Jersey noch eine (gleiche), zahlte lange Zeit ein paar Zent mehr. US-Bundestaaten können auch heute bei Steuern hier und da voneinander abweichen.

**Wenn** jemand seinen Nebenbuhler erstechen will, sollte er es eher in Ohio als in Texas tun, um nicht auf dem elektrischen Stuhl zu enden. Die US-Bundesstaaten differieren also sogar im Strafrecht, im Zivilrecht noch mehr.

**Was** zeichnet im Prinzip einen Bundesstaat aus? Einheitliches Geld (Deutschland nach 1871), normierte Maße und Gewichte. Landesverteidigung allein oder im Bündnis. Nicht nötig sind einheitliche Sprache: Schweiz (3) USA (1) Belgien (3). Auch nicht nötig: Dass die Schulen einheitlich sind.

**Und** nun „unser Fall“ Griechenland.

Kann man die EU in einen Bundesstaat umwandeln? 1. Nur dann, wenn kein einziger EU-Staat widerspricht (z.B. durch Volksentscheid) 2. Wenn dann tatsächlich alle JA sagten, müsste ein durch die Völker legitimiertes Gremium als eine Art Verfassungskonvent eine Bundesverfassung beschließen, gegen die die Staaten noch Veto-Rechte ausüben könnten.

**Es** bleibt daher in der Praxis nur der jetzt beschrittene Weg: stückchenweise Reduzierung von Souveränität bisheriger Art, freilich (Finanzen!) mit tiefer denn je einschneidenden Folgen.

**Entscheidend** werden jedoch nicht Formalien sein, obschon Politiker fast nur diese wagen. Sie werden ihr Ziel nämlich nur erreichen, wenn sie sich öffentlich und immer neu zum Ziel Bundesstaat Europa bekennen und dabei zur Gleichberechtigung seiner Völker.

**Es** ist daher falsch, schwachen EU-Staaten mit einem Wächter-Kommissar zu drohen (wie ihn das Grundgesetz sehr wohl für den Fall „nicht bundesfreundlichen Verhaltens“ eines Bundeslandes vorsieht. Denn ein solcher notwendiger Bundesstaat existiert ja (noch) nicht. Denkbar wäre der Einsatz einer Kontroll-Gruppe aus je einem Experten der 27 EU-Staaten unter Leitung des Präsidenten des EUGH.

**Funktionierte** dieses Beispiel, wäre sofort das Parlament als Auswerter am Zug, um weitere Schritte zu erörtern. Wie immer hilft also nur das alte operative Dreieck aus Praxis-Analyse, Experiment und Vision.

**JW**

---

**Renate Sommer**, MdEP für das Ruhrgebiet und CDU-Chefin in Herne, fasste sich als Verbraucherschützerin kurz: „Lebensmittel gehören nicht auf den Müll.“ Angesichts Aufsehen erregender Vernichtungszahlen aus der EU-Kommission sei es höchste Zeit, den Ursachen von Vernichtungen nachzuspüren. 179 Kilo Lebensmittel pro Kopf gehen verloren. Manches sei unvermeidbar, vieles Skandal, zum Beispiel die Vernichtung aufgrund **überzogener Anforderungen** an Aussehen und Form von Obst und Gemüse. Fast ein Drittel Frischware werde schon auf den Feldern weggeworfen! 42% der nicht nötigen Vernichtung entfalle auf den Privatsektor. Hausfrau Sommer hatte einen Extra-Kommentar: „Viele wissen auch nicht mehr, wie man kocht und was lecker ist.“

**Karl-Heinz Florenz** MdEP zählt zu den Abgeordneten, die täglich widerlegen, dass das Europäische Parlament ‚machtlos‘ sei. Er setzte sich für die Brüsseler Richtlinie ein, die verhindern soll, dass wertvoller Schrott nach Afrika verschoben wird. Deutschland „exportiere“ mit dem „Schrott“ unter anderem 1.6 Tonnen Silber und 300 Kilo Gold im Jahr.

**Erster Teil der Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**  
**im Rahmen des Symposiums der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin**  
**„Der EURO: 10 Jahre gemeinsame europäische Währung“ am 23. Januar**  
**2012 anlässlich des 65. Geburtstags von Elmar Brok MdEP**  
(redigiert und gekürzt)

Lieber Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, lieber **Hans-Gert Pöttering**, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, aus den Parlamenten, lieber Franco Frattini – wir freuen uns ganz besonders, dass du heute hier bist –, Exzellenzen, meine Damen und Herren,

Die Bandbreite der Anwesenden deutet schon auf einiges hin, was Elmar Brok auszeichnet außer der Tatsache, dass er ein Urgestein Europas ist. Dass der DGB-Vorsitzende hier ist, zeigt, dass du auch gern – jedenfalls in unseren politischen Kreisen – der Arbeiterführer Europas genannt wirst. Du bist ja Vorsitzender der Arbeitnehmersvereinigung der EVP. Ich weiß noch, wie ich einmal gestutzt habe, als mir bewusst wurde, dass du dich außer für Europa auch noch für die CDA engagierst. Ich brauchte eine Weile, dies in meinem Kopf zusammenzubekommen. Immerhin – irgendwie habe ich es geschafft.



*. Freunde - Spott: "Frau und Herr Europa"*

Außerdem deutet die Anwesenheit von Lothar de Maizière darauf hin, dass euch zumindest Brandenburg sehr eint und du ein Herz für Brandenburg hast. Da ich in diesem Bundesland, als es noch nicht so genannt werden durfte, aufgewachsen bin, eint

uns dies auch zu dritt. **Du** bist Schalke-Fan, um das auch zu sagen, bevor wir zu den eigentlichen Dingen kommen. Und wenn sich manchmal einer über deine kraftvollen Presseerklärungen erregen sollte, muss man unbedingt auch noch deine Journalistenzeit kennen. Hermann Gröhe und ich haben immer große Freude an dem, was du uns dadurch sagen kannst.

**Dies** alles sind Dinge, die dich auszeichnen. Aber zurück zum Eigentlichen: Dass wir heute über zehn Jahre Euro und gleichzeitig über einen 65. Geburtstag sprechen, deutet darauf hin, dass beides etwas miteinander zu tun hat. Diese Veranstaltung lenkt die Aufmerksamkeit auf deine Lebensleistung genauso wie auf die gemeinsame Währung in weiten Teilen der Europäischen Union.

**Wir** erinnern uns: Vor zehn Jahren gingen die Menschen in Deutschland, Frankreich, Spanien – in insgesamt zwölf europäischen Staaten damals – erstmals mit dem Euro einkaufen. Das Buchgeld, das es schon eine ganze Weile gab, war zum Bargeld geworden. Und ich sage aus Überzeugung und sicherlich mit dir übereinstimmend: Die Idee einer gemeinsamen Währung war damals so richtig, wie sie es heute ist. Sie ist ein logisches Bindeglied unserer Volkswirtschaften, die natürlich schon durch den Binnenmarkt sehr eng miteinander verflochten sind, aber die durch den Euro – ohne Rückkehrmöglichkeit – noch stärker vereint wurden. Wir alle wissen: Europa kommt nur nach vorn, wenn wir immer wieder Integrationsschritte machen. Als der Binnenmarkt Realität wurde, war ich gerade Umweltministerin. Ich kann mich noch daran erinnern, wie es war, als die Menschen nach ein paar Jahren bemerkten, wie das mit der Umweltverträglichkeitsprüfung ist und was da alles in Brüssel – ich sage nur: „Flora-Fauna-Habitat“ – verabschiedet wurde.

**Elmar Brok** hat sich auf seinem Weg für Europa immer dafür eingesetzt, dass es zu mehr Transparenz und Bürgernähe kam, dass Europa für jeden begreifbarer wurde. Hans-Gert und du habt fast zur gleichen Zeit eure Arbeit im Europäischen Parlament aufgenommen. Ihr seid heute lebende Abbilder der Entwicklung des Europäischen Parlaments zu einer emanzipierten Kammer. Und ich glaube, ihr beide habt gleichermaßen darauf hingewirkt, dass nie vergessen werden kann, dass aus dem Europäischen Parlament erst ein richtiges Parlament werden musste und schließlich auch wurde. Das Europäische Parlament war bis 1979 nur eine parlamentarische Versammlung, es gab dort vorher keine direkte demokratische Legitimation. Neben den Rat aus gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten trat also 1979 ein legitimes Parlament mit gewählten Abgeordneten. Dadurch wurde die EU doppelt legitimiert. Dieses Werk weiter auszubauen, hat den Weg Elmar Broks sehr stark gekennzeichnet.

**Wir** sehen das zum Beispiel daran, dass er als Vertreter des Europäischen Parlaments schon am Entstehen des Vertrags von Maastricht mitgewirkt hat. Sicherlich, einen breiten Raum nahmen die

Bestimmungen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion ein. Aber nicht zu vergessen ist, dass der Vertrag mit seinem Inkrafttreten 1993 auch die Kompetenzen des Europäischen Parlaments ausweitete. Das Parlament wurde Mit-Gesetzgeber, wenn auch anfangs nur in ausgewählten Bereichen. Es erhielt auch endlich Kontrollmöglichkeiten, wie sie einem demokratisch gewählten Parlament gebühren. Darauf hatte man lange warten müssen – von 1979 bis 1993. Es war ein langer Kampf.

**D**er Maastricht-Vertrag war ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union, aber natürlich längst noch nicht das Ende des europäischen Einigungsprozesses. Die europäische Integration – das müssen wir sehen und verstehen – bleibt eine Daueraufgabe, ein Dauerprozess. Wenn Europa einmal stillstehen würde, kann Europa nicht mehr erfolgreich sein.

**N**ach „Maastricht“ blieb neuer Reformbedarf, und wieder war Elmar Brok an zentraler Stelle an langwierigen Verhandlungen beteiligt. Diese mündeten schließlich in die Verträge von Amsterdam und Nizza. Sie weiteten die Mit-Entscheidung des Europäischen Parlaments auf fast alle Politikbereiche aus. Ausgenommen blieben nun nur noch Agrar- und Innenpolitik sowie Justiz. Besonders wichtig war damals, dass sich auch die Mitwirkungsrechte der Euro-paabgeordneten bei der Einsetzung der Kommission verbesserten. Fortan war ihre Zustimmung für die Ernennung eines neuen Kommissionspräsidenten erforderlich, was inzwischen auch alle zu beachten wissen.

**A**uch nach dem Vertrag von Nizza blieb klar, dass sich das Rad institutioneller Reformen weiterdrehen musste. Ich erinnere im Übrigen daran: Der Weg nach „Nizza“ dauerte relativ lange; und Elmar Brok zeichnete sich damals durch hohe Steher- oder Sitzqualitäten aus, auf jeden Fall durch hohe Anwesenheitsqualität. Er nannte Unzulänglichkeiten von „Nizza“ immer so, wie man sie benennen musste. **Der zweite Teil der Rede kommt mit am 15.2.2012**

---

## Stühlerücken in Straßburg

**I**n der Mitte jeder der Wahlperiode werden alle Ämter im Europäischen Parlament neu besetzt. Der Deutsche **Martin Schulz** SPD wurde mit 387 von 670 Stimmen neuer Parlamentspräsident bis (bis 2014). Zwei Deutsche sind Vizepräsidenten: **Rainer Wieland** (EVP, Wiederwahl) **Alexander Alvaro** (Liberale (FDP), Neuwahl).

**I**n den 20 Ausschüssen und zwei Unterausschüssen gibt es sechs deutsche Vorsitzende: **Elmar Brok** (EVP) - Auswärtiger Ausschuss; **Michael Theurer** (Liberale, FDP) - Haushaltskontrollausschuss; **Matthias Groote** (SPE, SPD) - Umwelt Volksgesundheit, Lebensmittelsicherheit; **Dr. h.c. Doris Pack** (EVP) - Kultur und Bildung; **Klaus-Heiner Lehne** (EVP) – Rechtsausschuss; **Barbara Lochbihler** (Grüne) Menschenrechte.

**D**rei deutsche Ausschuss-Vizepräsidenten: **Thomas Mann** (EVP) - Ausschuss Beschäftigung und soziale Angelegenheiten; **Dr. Dieter-Lebrecht Koch** (EVP) - Verkehr und Fremdenverkehr; **Dr. Markus Pieper** - Regionale Entwicklung.

**E**lmar Brok ist auch noch der (einzige) bevollmächtigte EVP-Vertreter bei den EU-Gipfeln bzw. den jetzigen Krisen-Verhandlungen des Rats.

## Hacker-Krieg in Nahost

**K**ürzlich erwischte „es“ Banken in den arabischen Emiraten und die Zentralbank im Gazastreifen. Eine israelische Hackergruppe hatte sie lahm gelegt. Dann wurde die Tawadul (Börse) von Saudi Arabien unzugänglich.

Israelische Hacker behaupteten anonym im Fernsehen, nur einen „Warnschuss“ abgegeben und „keinen größeren Schaden angerichtet“ zu haben. Zuvor hatte „Omar“ aus Saudi Arabien die Internet-Zugänge zur Tel Aviver Börse, die Web-Seiten von El Al und anderer israelischer Firmen gesperrt. Im Nahen Osten wird jetzt fast jeden Tag ein anderes Ziel elektronisch zu Fall gebracht.

**D**er saudische Hacker Omar Habib, 19, hat von Pachuca in Mexiko (!) aus Zehntausende persönliche Daten israelischer Kreditkartenbesitzer ergattert und veröffentlicht. Die Kreditkartenfirmen reagierten schnell und sperrten die Kartennummern für Einkäufe im Internet. Bei der Tel Aviver Börse und bei EL AL sei kein echter Schaden entstanden, sagten deren Sprecher. Die Hacker hätten die Zugänge zu den Webadressen mit Anfragen überflutet, sodass sie für normale Benutzer nicht mehr zugänglich waren.

Der israelische Vize-Außenminister Dani Ayalon bezeichnete die Angriffe als „Terroranschläge“. „Die USA haben erklärt, dass jeder Angriff auf den kybernetischen Raum einer Kriegserklärung gleichkomme und einen Raketenangriff nach sich ziehen könnte“, sagte Ayalon. „Das ist ein gutes Modell für uns alle.“ Der Hacker Omar hackte daraufhin die Webseite von Ayalon und forderte eine Entschuldigung.

Schon seit Jahren verkünden immer wieder gehackte israelische Webseiten vom „siegreichen Kampf des palästinensischen Widerstandes“. Gelegentlich trifft es Internetauftritte der israelischen Armee und sogar solche des Geheimdienstes Mossad. Entweder stürzen die Geräte ab oder verbreiten feindliche Propagandasprüche, bis Techniker den Schaden behoben haben. Auch türkische Hacker haben sich schon auf israelischen Webseiten gemeldet.

Einige vermeintlich palästinensische oder arabische Hackerangriffe sollen sogar von Computern in Israel selbst ausgegangen sein. Israelische Banken und Kreditkartenfirmen blockierten als Gegenmaßnahme den Zugang aus Arabischen Ländern. Doch nützte es nicht viel. Gil Shwed, Gründer der israelischen Computerfirma Check Point, erklärte der Zeitung Haaretz, dass arabische Hacker Computer in Israel sogar als Schnittstelle zu benutzen.

Israelische Start-up Firmen waren unter den ersten in der Welt, die kurz nach der Erfindung des Internet Sicherheitsprogramme herstellten und in aller Welt erfolgreich verkauften. Sie kannten die Schutzmaßnahmen, sich vor ungewünschten Viren, Trojanern, Würmern und anderen elektronischen Schädlingen zu schützen. Gleichzeitig wurden sie verdächtigt, Viren auch selbst verbreitet zu haben, um ihre Anti-Viren-Programme gewinnbringend zu verkaufen. Jenes berühmt gewordene *Virus Stuxnet*, das angeblich über Siemens-Computer in den Iran gelangt ist und mit Computerbefehlen die Zentrifugen zu Anreicherung von Uran durchdrehen ließ, ist von israelischen und amerikanischen Experten entwickelt worden.

Israelische Sicherheitsexperten schwören, dass ihre lebenswichtigen Systeme „absolut sicher“ seien. Dem widersprechen lachend drei blinde palästinensische Brüder *aus Kafr Kassam* bei Tel Aviv, **Mundir, Mushid und Schadi Badir**. In einem Fernsehinterview sagten sie: „Nur wer kein Handy benutzt, den Strom ausschaltet und den Laptop wegwirft ist sicher vor Angriffen aus dem Netz.“ Die Brüder saßen schon im Gefängnis, weil sie geheime Pfeiftöne von Telefongesellschaften hören und entziffern konnten. Auf fremde Kosten führten sie teure Auslandsgespräche indem sie mit Pfeiftönen die Rechnungscomputer der Handyfirmen umprogrammierten. Mit 91 Hertz werde eine Rechnung belastet und mit 97 Hertz das Gespräch beendet. Die Brüder, von Geburt an blind, hätten schon mit acht Jahren Dinge gehört, die andere Menschen nicht hören können.

Nach monatelangen Ermittlungen wurden sie 1999 verhaftet, nachdem sie die Telefonzentrale des Armeesenders gehackt hatten. Bis heute ist unbekannt, mit welchen Methoden sie wirklich arbeiten. Nach fünfjähriger Haft, <sup>sondern – viel wichtiger – auch bei den Menschen.“</sup> ~~inzwischen zum Besseren~~ bekehrte, beraten sie jetzt von Kafr Kassam aus Firmen und Banken in den ar und warnen sie vor Sicherheitslücken.



## MEDIEN

„100%  
Wulff-frei“  
Aus der Fachzeitschrift „MTA Dialog“  
„Plötzlich, aus dem Nichts (aus Afrika)



► Hier (Ausschnitt) widerlegt der WESER-KURIER humorvoll die Lüge in allen Talkshows, z.B. bei *Maybritt Illner*; **alle** deutschen Zeitungen hätten in Sachen Wulff „eine einzige Front“ gebildet. Der Ausschnitt stammt ausgerechnet aus der jüngsten SPIEGEL – Ausgabe. Insgesamt fünf deutsche Tageszeitungen vermieden jede Einseitigkeit, 12 brachten ab der „zweiten Wulff-Woche“ kaum noch Berichte und selten Kommentare. Dagegen dehnte die „konservative“ Sonntags-FAZ am 29.1. ihr durchweg negativen Texte weiter aus.

Geschrieben und redigiert von **Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG**  
Tel. 0228 – 324381 // e-mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)

**Deine / Ihre Spende deckt Kosten -**

**bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805**